

STATUTEN GEBÄUDEHÜLLE SCHWEIZ

STATUTS
D'ENVELOPPE DES ÉDIFICES SUISSE

STATUTI
DI INVOLUCRO EDILIZIO SVIZZERA

Gültig ab | valable du | valido dal 24.06.2011



GEBÄUDEHÜLLE SCHWEIZ
ENVELOPPE DES ÉDIFICES SUISSE
INVOLUCRO EDILIZIO SVIZZERA

VERBAND SCHWEIZER GEBÄUDEHÜLLEN-UNTERNEHMUNGEN

STATUTEN GEBÄUDEHÜLLE SCHWEIZ

INHALTSÜBERSICHT	Seite	3
Inhalt		5

DE

STATUTS D'ENVELOPPE DES ÉDIFICES SUISSE

TABLE DES MATIÈRES	Page	21
Contenu		23

FR

STATUTI DI INVOLUCRO EDILIZIO SVIZZERA

SOMMARIO	Pagina	37
Contenuto		39

IT

Gültig ab | valable du | valido dal 24.06.2011



GEBÄUDEHÜLLE SCHWEIZ
ENVELOPPE DES ÉDIFICES SUISSE
INVOLUCRO EDILIZIO SVIZZERA

VERBAND SCHWEIZER GEBÄUDEHÜLLEN-UNTERNEHMUNGEN

	Seite
I. NAME, RECHTSFORM, SITZ UND ZWECK	
Art. 1 Name, Rechtsform und Sitz	5
Art. 2 Zweck	5
II. MITGLIEDSCHAFT	
Art. 3 Arten der Mitgliedschaft	5
Art. 4 Erwerb der Mitgliedschaft	6
Art. 5 Rechte und Pflichten	7
Art. 6 Erlöschen der Mitgliedschaft	7
Art. 7 Sanktionen	8
Art. 8 Ansprüche und Verbindlichkeiten	8
III. ORGANE	
Art. 9 Grundsatz	9
A. Generalversammlung	
Art. 10 Generalversammlung	9
Art. 11 Einberufung	9
Art. 12 Vorsitz und Protokoll	9
Art. 13 Aufgaben und Kompetenzen	9
B. Delegiertenversammlung	
Art. 14 Abordnung der Delegierten	9
Art. 15 Einberufung	10
Art. 16 Vorsitz und Protokoll	10
Art. 17 Aufgaben und Kompetenzen	10
Art. 18 Beschlussfähigkeit und Vertretung	11
Art. 19 Beschlussfassung	11
C. Zentralvorstand (Verwaltung)	
Art. 20 Bestellung, Amtsdauer und Konstitution	12
Art. 21 Vorsitz und Protokoll	12
Art. 22 Aufgaben und Kompetenzen	12
Art. 23 Delegation der Geschäftsführung und Organisationsreglement	13
Art. 24 Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung	13
Art. 25 Zeichnungsberechtigung	13

D. Präsidentenkonferenz		
Art. 26	Zusammensetzung, Konstitution und Einberufung	13
Art. 27	Aufgaben und Beschlussfassung	14
E. Geschäftsprüfungskommission		
Art. 28	Wahl, Amtsdauer und Konstitution	14
Art. 29	Aufgaben	14
F. Revisionsstelle		
Art. 30	Wahl und Amtsdauer	15
Art. 31	Aufgaben	15
V. SCHIEDSGERICHT		
Art. 32	Schiedsgericht	15
VI. FINANZEN		
Art. 33	Haftung für Verbandsverbindlichkeiten	16
Art. 34	Einnahmen	16
VII. SCHLUSSBESTIMMUNGEN		
Art. 35	Bekanntmachungen	16
Art. 36	Statutenänderungen	16
Art. 37	Auflösung des Verbandes	16
Art. 38	Ergänzende Bestimmungen / Auslegungsregel	17
Art. 39	Inkrafttreten / Übergangsbestimmungen	17

I. NAME, RECHTSFORM, SITZ UND ZWECK

Art. 1 Name, Rechtsform und Sitz

- ¹ Unter dem Namen «Genossenschaft Gebäudehülle Schweiz» (nachstehend nurmehr «Verband») besteht eine Genossenschaft nach Art. 828ff. des Schweizerischen Obligationenrechts.
- ² Der Sitz des Verbandes befindet sich in Uzwil SG.

Art. 2 Zweck

Der Zweck des Verbandes besteht in der Wahrung und Förderung der Interessen seiner Mitglieder sowie der Gebäudehüllenbranche in technischen und politischen Belangen. Die Mitglieder profitieren dabei hauptsächlich von Aktivitäten und Dienstleistungen, die der Verband im Zusammenhang mit der Förderung des nachhaltigen Bauens im Sinne energieeffizienter Gebäudehüllen erbringt. Der Verband setzt sich im Interesse seiner Mitglieder ein für die Weiterentwicklung von Materialien bezüglich Funktionalität und Design von Dächern und Fassaden sowie für die Weiterentwicklung der Anwendungstechnik. Die Mitglieder profitieren zudem von Bildungsdienstleistungen, die im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Berufsfeldes Gebäudehülle stehen.

II. MITGLIEDSCHAFT

Art. 3 Arten der Mitgliedschaft

- ¹ Aktiv-Mitglieder sind die Sektionen. Sektionen sind Zusammenschlüsse von Betrieben (in der Regel als Verein oder Genossenschaft), die in bzw. an der Gebäudehülle tätig sind. Die Sektionen sind in der Ausgestaltung ihrer Statuten im Rahmen der Statuten, der Vision und des Leitbildes des Verbandes frei.
- ² Sektionsmitglieder sind kraft ihrer Mitgliedschaft in einer Sektion gleichzeitig auch Mitglieder des Verbandes. Sie üben ihr Stimmrecht jedoch ausschliesslich über ihre Sektion aus. Die Mitgliedschaft via örtlich zuständige Sektion stellt den Regelfall dar, soweit nicht die Voraussetzungen für die Sektion Verbände oder eine Partner-Mitgliedschaft gegeben sind.

- ³ Personen oder Firmen, die nicht Mitglied einer Sektion werden können oder wollen und für die auch keine Partner-Mitgliedschaft offen steht, können ein Gesuch um Beitritt zur Sektion Einzelmitglieder stellen. Die Sektion Einzelmitglieder vereinigt diese Mitglieder zu einer verbandsinternen Sektion, der grundsätzlich die selben Rechte und Pflichten zustehen wie den übrigen Sektionen.
- ⁴ Der Zentralvorstand kann der Delegiertenversammlung beantragen, die Sektion Einzelmitglieder aufzuteilen, wenn ihre Grösse und Zusammensetzung dies zweckmässig erscheinen lassen und die Stellung der übrigen Sektionen dadurch nicht wesentlich beeinträchtigt wird. In diesem Fall wird jeder Teil als eigene Sektion behandelt.
- ⁵ Beitrittswillige, die ihrerseits Verbände sind, haben – mit Ausnahme von Dachorganisationen – die Möglichkeit, der Sektion Verbände beizutreten. Die Sektion Verbände vereinigt diese Verbände zu einer verbandsinternen Sektion, der grundsätzlich die selben Rechte und Pflichten zustehen wie den übrigen Sektionen; die Beitragspflicht wird dagegen separat geregelt.
- ⁶ Als Partner-Mitglieder können Personen und Firmen aus der Zulieferindustrie oder aus dem Umfeld der Gebäudehülle sowie Dachorganisationen aufgenommen werden. Partnermitglieder haben kein Stimmrecht. Sie haben jedoch das Recht, an der Generalversammlung teilzunehmen. Der Zentralvorstand regelt in einem Reglement die Einzelheiten zu den Rechten und Pflichten der Partnermitglieder, namentlich zu Bereichen wie Informationsfluss, Vernehmlassungsrechte und dergleichen.
- ⁷ Personen, die sich in besonderer Weise um den Verband verdient gemacht haben, können zum Ehrenmitglied ernannt werden. Die Ehrenmitgliedschaft als solche vermittelt keine zusätzlichen Rechte bzw. Pflichten.

Art. 4 Erwerb der Mitgliedschaft

- ¹ Als Aktivmitglieder beitriftswillige Sektionen haben beim Zentralvorstand Antrag auf Aufnahme zu stellen. Der Vorstand veranlasst die Beibringung der nötigen Angaben und Unterlagen. Nach Vorliegen des vollständigen Beitritts-gesuches stellt der Zentralvorstand Antrag an die nächste Delegiertenver-sammlung auf Gutheissung oder Ablehnung des Gesuches um Aktiv-Mitgliedschaft.
- ² Beitritts-gesuche, die direkt beim Verband eingehen und weder die Sektion Verbände noch eine Partner-Mitgliedschaft betreffen, werden im Regelfall an die örtlich zuständige Sektion überwiesen.
- ³ Lehnt eine Sektion ein Beitritts-gesuch ab und stellt der Beitrittswillige als-dann ein Gesuch um Beitritt zur Sektion Einzelmitglieder, so wird dieses der örtlich zuständigen Sektion und der Sektion Einzelmitglieder zur Stellung-nahme unterbreitet; dasselbe gilt, wenn jemand direkt ein Gesuch um Bei-

tritt zur Sektion Einzelmitglieder stellt, weil achtenswerte Gründe (wie etwa unüberbrückbare persönliche Differenzen, erhebliche Unterschiede in der Firmenstruktur, etc.) gegen ein Gesuch um Beitritt zur örtlich zuständigen Sektion sprechen. Stimmt diese Sektion und die Sektion Einzelmitglieder dem Beitritt zur Sektion Einzelmitglieder zu, kann das Gesuch vom Zentralvorstand genehmigt werden. Andernfalls unterbreitet der Zentralvorstand das Gesuch der Präsidentenkonferenz zur Entscheid, wenn er selber und die Sektion Einzelmitglieder das Gesuch befürwortet. In jedem Fall ist anstelle eines Beitritts zur Sektion Einzelmitglieder auch ein Beitritt zu einer anderen als der örtlich zuständigen Sektion (mit Ausnahme der Sektion Verbände) möglich, wenn diese andere Sektion zustimmt.

- 4 Der Beitritt zur Sektion Verbände wird von der Delegiertenversammlung auf Antrag des Zentralvorstandes genehmigt.
- 5 Die Mitgliedschaft von Partnern wird durch Beschluss des Zentralvorstandes begründet.

Art. 5 Rechte und Pflichten

- 1 Den Sektionen, Sektionsmitgliedern und Ehrenmitgliedern steht das Recht auf Teilnahme an den General- und Delegiertenversammlungen, den Partnermitgliedern das Recht auf Teilnahme an der Generalversammlung zu. Das Stimm- und Wahlrecht steht dagegen nur den Sektionen zu. Allen Mitgliedern steht ferner das Recht auf Beanspruchung der vom Verband für Mitglieder bzw. Mitglieder-Kategorien angebotenen Dienstleistungen zu.
- 2 Die Mitglieder unterziehen sich den Bestimmungen des Gesetzes, der Statuten sowie den Beschlüssen und Reglementen der Delegiertenversammlung und des Zentralvorstandes.
- 3 Die Sektions-Mitglieder und Partner sind verpflichtet, die von der Delegiertenversammlung beschlossenen Beiträge zu leisten. Von den Beiträgen der Mitglieder der Sektion Einzelmitglieder steht der jeweiligen örtlich zuständigen Sektion ein angemessener Anteil zu.

Art. 6 Erlöschen der Mitgliedschaft

- 1 Die Mitgliedschaft erlischt durch Austritt, Tod (bei natürlichen Personen), Auflösung (bei juristischen Personen und bei Körperschaften), Ausschluss oder durch Auflösung des Verbandes.
- 2 Ein Austritt ist unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten auf das Ende eines Kalenderjahres möglich.
- 3 Der Tod bzw. die Auflösung eines Mitglieds beendet die Mitgliedschaft ohne weiteres.
- 4 Mitglieder, die ihren Pflichten (namentlich ihrer Beitragspflicht) trotz Mahnung nicht nachkommen oder trotz schriftlicher Verwarnung durch den Zentral-

vorstand gegen die Interessen des Verbandes verstossen, können durch den Vorstand (Sektions- und Partnermitglieder) oder auf Antrag des Zentralvorstands durch die Delegiertenversammlung (Sektionen) ausgeschlossen werden.

- ⁵ Das Erlöschen der Mitgliedschaft bleibt ohne Einfluss auf die Erfüllung zuvor entstandener Rechte und Pflichten.

Art. 7 Sanktionen

- ¹ Mitglieder, die gegen die Interessen des Verbandes verstossen, werden vom Zentralvorstand ermahnt.
- ² Fruchtet eine Ermahnung nichts, erfolgt eine förmliche Verwarnung verbunden mit der Androhung, dass im Wiederholungsfalle der Ausschluss droht.
- ³ Gleichzeitig, d.h. zusätzlich zur Ermahnung oder Verwarnung, kann der Zentralvorstand bei Verstoss gegen die Statuten oder gegen Beschlüsse der General- bzw. Delegiertenversammlung oder des Zentralvorstandes gegen das pflichtvergessene Mitglied eine bzw. im Wiederholungsfalle mehrere Bussen von Fr. 100.– bis Fr. 10'000.– ausfällen; die Bussgelder fallen dem Verband zu.
- ⁴ Bussenverfügungen können vom betroffenen Mitglied innert 30 Tagen beim Verbandsschiedsgericht angefochten werden.

Art. 8 Ansprüche und Verbindlichkeiten

- ¹ Ausgetretene, ausgeschlossene oder sonstwie ausgeschiedene Mitglieder haben keinerlei Ansprüche auf das Verbandsvermögen.
- ² Demgegenüber bleiben die ehemaligen Mitglieder bzw. deren Rechtsnachfolger dem Verband für die aus der Mitgliedschaft fliessenden Verbindlichkeiten haftbar.

Art. 9 Grundsatz

- ¹ Organe des Verbandes sind die Generalversammlung, die Delegiertenversammlung, der Zentralvorstand, die Geschäftsprüfungskommission und die Revisionsstelle.
- ² Durch Statutenänderung können weitere Organe geschaffen werden.

A. GENERALVERSAMMLUNG

Art. 10 Generalversammlung

Die Versammlung der Verbandsmitglieder bildet die Generalversammlung.

Art. 11 Einberufung

- ¹ Die Generalversammlung findet in der Regel alle zwei Jahre auf Beschluss des Zentralvorstandes statt.
- ² Die Publikation hat im Fachorgan unter Bekanntgabe des Ortes, des Zeitpunktes und der Traktanden spätestens vier Wochen vor der Abhaltung zu erfolgen.

Art. 12 Vorsitz und Protokoll

- ¹ Den Vorsitz führt der Präsident, bei dessen Verhinderung der Vize-Präsident. Bei Bedarf kann auch ein Tagesvorsitzender gewählt werden.
- ² Über die Generalversammlungen ist Protokoll zu führen. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom Protokollführer, der nicht Verbandsmitglied bzw. Vorstandsmitglied zu sein braucht, zu unterzeichnen. Das Protokoll ist den Mitgliedern zuzustellen und jeweils an der nächsten Versammlung zu genehmigen.

Art. 13 Aufgaben und Kompetenzen

- ¹ Die Generalversammlung hat den Zweck, den Verband in der Öffentlichkeit zu repräsentieren und die Kollegialität unter den Mitgliedern zu fördern.
- ² Ehrungen werden von der Delegiertenversammlung beschlossen und an der Generalversammlung vollzogen.

B. DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Art. 14 Abordnung der Delegierten

- ¹ Die Delegiertenversammlung umfasst die Delegierten der Sektionen.

- ² Jede Sektion hat das Recht, mindestens einen Delegierten zu entsenden, sowie auf je 10 aktive Sektionsmitglieder einen weiteren Delegierten; angebrochene Zehner gelten als voll erreicht. Die Mitglieder des Zentralvorstandes können nicht als Delegierte abgeordnet werden.

Art. 15 Einberufung

- ¹ Die Delegiertenversammlung findet alljährlich im ersten Halbjahr statt, in der Regel im Frühjahr.
- ² Ausserordentliche Delegiertenversammlungen finden auf Einladung des Zentralvorstandes statt, sooft es die Geschäfte erfordern, sowie dann, wenn mindestens drei Sektionen, die Geschäftsprüfungskommission oder die Revisionsstelle die Einberufung beim Zentralvorstand verlangen. Kommt der Zentralvorstand diesem Verlangen nicht innert längstens 30 Tagen nach, können die betreffenden Sektionen bzw. die Geschäftsprüfungskommission oder die Revisionsstelle die Versammlung selber einberufen.
- ³ Die Einberufung hat mittels Brief und Publikation im Fachorgan mindestens 20 Tage vor dem Versammlungstermin und unter Bekanntgabe der Traktanden zu erfolgen.
- ⁴ Anträge von Mitgliedern zu Händen der Delegiertenversammlung sind bis spätestens 50 Tage, Wahlvorschläge bis spätestens 90 Tage vor der Versammlung an den Zentralvorstand zu richten.
- ⁵ Über Traktanden, die nicht gehörig angekündigt wurden, kann nicht Beschluss gefasst werden. Sie gehen jedoch – wenn sie von der Versammlung für erheblich erklärt werden – zur Bearbeitung an den Zentralvorstand.

Art. 16 Vorsitz und Protokoll

- ¹ Den Vorsitz führt der Präsident, bei dessen Verhinderung der Vize-Präsident. Bei Bedarf kann auch ein Tagesvorsitzender gewählt werden.
- ² Über die Delegiertenversammlungen ist Protokoll zu führen. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom Protokollführer, der nicht Verbandsmitglied bzw. Vorstandsmitglied zu sein braucht, zu unterzeichnen. Das Protokoll ist den Mitgliedern zuzustellen und jeweils an der nächsten Versammlung zu genehmigen. Bei zeitlicher Dringlichkeit können das Protokoll oder Teile davon den Mitgliedern zugestellt werden unter Eröffnung einer Widerspruchsfrist, mit deren unbenutztem Ablauf das Protokoll bzw. die betreffenden Teile davon als genehmigt gelten.

Art. 17 Aufgaben und Kompetenzen

- ¹ Der Delegiertenversammlung sind vorbehältlich Art. 13 sämtliche Aufgaben und Kompetenzen der Generalversammlung übertragen. Die Delegiertenversammlung ist somit für alle Aufgaben zuständig, die nicht durch Gesetz oder Statuten einem anderen Organ zugewiesen sind.

- ² Die Delegiertenversammlung hat namentlich die folgenden Aufgaben und Kompetenzen:
- a. Festsetzung und Änderung der Statuten
 - b. Wahl und Abberufung des Zentralvorstandes, der PLK-Kommission, der Geschäftsprüfungskommission und der Revisionsstelle sowie allfälliger weiterer durch die Statuten vorgesehener Organe
 - c. Erlass und Änderung von Reglement und Pflichtenheft der Geschäftsprüfungskommission
 - d. Aufnahme und Ausschluss von Sektionen
 - e. Genehmigung der Aufteilung der Sektion Einzelmitglieder in selbständige Teilsektionen
 - f. Genehmigung von Beitritten zur Sektion Verbände
 - g. Genehmigung von Vision und Leitbild
 - h. Festsetzung der Mitgliederbeiträge
 - i. Genehmigung von Jahresbericht und Jahresrechnung
 - j. Kenntnisnahme von den Berichten der Geschäftsprüfungskommission, der Revisionsstelle sowie der Stiftung Polybau
 - k. Décharge-Erteilung an den Vorstand
 - l. Genehmigung des Gesamtarbeitsvertrages und dessen Änderungen bzw. Erneuerungen, soweit nicht die Präsidentenkonferenz zuständig ist (Zusatzvereinbarungen, Art. 27 Abs. 2)
 - m. Beschlussfassung über Anträge von Mitgliedern und des Zentralvorstandes
 - n. Ernennung von Ehrenmitgliedern
 - o. Beschlussfassung über alle weiteren Geschäfte, die ihr vom Zentralvorstand vorgelegt werden

Art. 18 Beschlussfähigkeit und Vertretung

- ¹ Die Delegiertenversammlung ist – vorbehältlich abweichender zwingender Gesetzesvorschriften – unabhängig von der Anzahl der anwesenden Aktivmitglieder bzw. Delegierten beschlussfähig.
- ² Die Mitglieder werden durch ihre Delegierten vertreten.

Art. 19 Beschlussfassung

- ¹ Jeder Delegierte hat eine Stimme.
- ² Beschlüsse werden grundsätzlich mit dem absoluten Mehr der anwesenden Delegierten-Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
- ³ Abstimmungen werden in der Regel offen, Wahlen in der Regel geheim durchgeführt. Die Versammlung kann mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit eine andere Regelung beschliessen.

C. ZENTRALVORSTAND (VERWALTUNG)

Art. 20 Bestellung, Amtsdauer und Konstitution

- ¹ Der Zentralvorstand besteht aus dem Verbandspräsidenten, dem Vizepräsidenten sowie zwei bis sechs weiteren Mitgliedern.
- ² Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. Wiederwahl ist grundsätzlich möglich. Der Präsident ist bis zum 65. Altersjahr beliebig wieder wählbar; für die übrigen Mitglieder des Vorstandes ist die Amtsdauer auf 12 Jahre beschränkt.
- ³ Der Vorstand konstituiert sich selbst.

Art. 21 Vorsitz und Protokoll

- ¹ Den Vorsitz führt der Präsident, bei dessen Verhinderung der Vize-Präsident. Bei Bedarf kann auch ein Tagesvorsitzender gewählt werden.
- ² Über die Vorstandssitzungen ist Protokoll zu führen. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom Protokollführer, der nicht Vorstandsmitglied zu sein braucht, zu unterzeichnen. Das Protokoll ist den Vorstandsmitgliedern zuzustellen und jeweils an der nächsten Sitzung zu genehmigen. Bei zeitlicher Dringlichkeit können das Protokoll oder Teile davon den Vorstandsmitgliedern zugestellt werden unter Eröffnung einer Widerspruchsfrist, mit deren unbenutztem Ablauf das Protokoll bzw. die betreffenden Teile davon als genehmigt gelten.

Art. 22 Aufgaben und Kompetenzen

- ¹ Der Zentralvorstand ist das oberste geschäftsführende Organ des Verbandes. Er bestimmt die Geschäftspolitik des Verbandes im Rahmen des Leitbildes und hat die Oberaufsicht inne.
- ² Der Vorstand hat namentlich die folgenden Aufgaben und Kompetenzen:
 - a. Führung der Verbandsgeschäfte, soweit diese nicht gemäss Art. 23 delegiert sind
 - b. Oberaufsicht über die delegierten Geschäftsbereiche
 - c. Erstellung und regelmässige Aktualisierung von Vision und Leitbild des Verbandes
 - d. Festlegung der Verbandsstrategie im Rahmen von Vision und Leitbild
 - e. Vertretung des Verbandes gegenüber Dritten (soweit nicht durch die Geschäftsführung erfolgend) sowie Regelung der Zeichnungsberechtigungen
 - f. Schaffung, Regelung und Aufhebung von Kommissionen
 - g. Erlass, Änderung und Aufhebung von Reglementen, namentlich für die delegierten Aufgabenbereiche (Organisationsreglement)
 - h. Erstellung von Jahresbericht, Jahresrechnung und Budget
 - i. Vorbereitung und Durchführung der General- und Delegiertenversammlungen

- j. Genehmigung von Erlass und Änderung von Sektionsstatuten
 - k. Aufnahme von Mitgliedern der Sektion Einzelmitglieder, sofern die örtlich zuständige Sektion den Beitritt befürwortet
 - l. Ausschluss von Sektionsmitgliedern
 - m. Aufnahme und Ausschluss von Partnermitgliedern
 - n. Beschlussfassung über den Beitritt zu anderen Verbänden und Organisationen sowie Bestimmung der entsprechenden Delegationen
- ³ Der Zentralvorstand ist von Amtes wegen Stiftungsrat der Stiftung Polybau. Er bringt der Delegiertenversammlung jeweils den Jahresbericht der Stiftung Polybau zur Kenntnis.

Art. 23 Delegation der Geschäftsführung und Organisationsreglement

- ¹ Der Zentralvorstand ist befugt, die Geschäftsführung jederzeit ganz oder teilweise zu delegieren.
- ² Der Zentralvorstand erlässt ein Organisationsreglement, das die Geschäftsführung ordnet, die dafür erforderlichen Stellen bestimmt sowie deren Aufgaben und die Berichterstattung regelt.

Art. 24 Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung

- ¹ Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist.
- ² Fehlt die Beschlussfähigkeit, so ist eine neuerliche Sitzung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Präsenz beschlussfähig ist.
- ³ Bei Stimmengleichheit hat der Präsident den Stichentscheid.
- ⁴ Zirkularbeschlüsse sind zulässig, wenn alle Vorstandsmitglieder mit dieser Art der Beschlussfassung einverstanden sind.

Art. 25 Zeichnungsberechtigung

- ¹ Der Vorstand regelt die Zeichnungsberechtigung und sorgt für die nötigen Eintragungen im Handelsregister.
- ² Die Mitglieder des Zentralvorstandes und der Geschäftsführer zeichnen kollektiv zu zweien.

D. PRÄSIDENTENKONFERENZ

Art. 26 Zusammensetzung, Konstitution und Einberufung

- ¹ Die Präsidentenkonferenz setzt sich aus den Präsidenten der Sektionen zusammen.
- ² Der Zentralvorstand und der Geschäftsführer des Verbandes nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen der Präsidentenkonferenz teil.

- ³ Den Vorsitz führt der Verbands-Präsident, bei dessen Verhinderung der Vize-Präsident. Bei Bedarf kann auch ein Tagesvorsitzender gewählt werden. Im Übrigen konstituiert sich die Präsidentenkonferenz selbst.
- ⁴ Die Präsidentenkonferenz wird vom Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens jedoch einmal pro Jahr einberufen.

Art. 27 Aufgaben und Beschlussfassung

- ¹ Die Präsidentenkonferenz ist das Bindeglied zwischen dem Verband, seinen Sektionen sowie weiteren, dem Verband nahe stehenden Institutionen.
- ² Die Präsidentenkonferenz genehmigt die von der PLK-Kommission (der vom Zentralvorstand gewählten Delegation des Verbandes für die Paritätische Landeskommission) ausgehandelten jährlichen GAV-Zusatzvereinbarungen. Präsidenten von Sektionen, deren Mitglieder mehrheitlich keinem oder einem anderen GAV unterstellt sind, sind nicht stimmberechtigt.
- ³ Die Präsidentenkonferenz beschliesst über Beitrittsgesuche zur Sektion Einzelmitglieder (oder der allenfalls aus ihr gebildeten selbständigen Teilsektionen), wenn solche Gesuche vom Zentralvorstand, nicht jedoch von der örtlich zuständigen Sektion befürwortet werden.
- ⁴ An der Präsidentenkonferenz wird jeweils das Budget des Verbandes für das Folgejahr vorgestellt und genehmigt.
- ⁵ Jeder Präsident hat eine Stimme.

E. GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION

Art. 28 Wahl, Amtsdauer und Konstitution

- ¹ Die Delegiertenversammlung wählt für eine Amtsdauer von vier Jahren eine Geschäftsprüfungskommission. Wiederwahl ist zulässig. Die gesamte Amtsdauer beträgt maximal 12 Jahre.
- ² Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus drei ordentlichen Mitgliedern und einem Ersatzmitglied.
- ³ Die Geschäftsprüfungskommission konstituiert sich selbst.

Art. 29 Aufgaben

- ¹ Die Geschäftsprüfungskommission prüft die Pflichterfüllung und Zielerreichung des Zentralvorstandes mit Blick auf die Vorgaben des Leitbildes und die Beschlüsse der Delegiertenversammlung.
- ² Die Geschäftsprüfungskommission hat Einsicht in alle Verbandsakten.
- ³ Sie legt der Delegiertenversammlung ihren Bericht vor und beantragt gegebenenfalls die erforderlichen Massnahmen.

- ⁴ Die Delegiertenversammlung erlässt ein Reglement für die Organisation und das Pflichtenheft der Geschäftsprüfungskommission.

F. REVISIONSSTELLE

Art. 30 Wahl und Amtsdauer

- ¹ Die Delegiertenversammlung wählt für eine Amtsdauer von einem Jahr eine unabhängige Revisionsstelle. Wiederwahl ist beliebig zulässig.
- ² Sie kann auf die Wahl einer Revisionsstelle verzichten, wenn der Verband nicht zur ordentlichen Revision verpflichtet ist, wenn sämtliche Genossenschafter zustimmen und wenn der Verband nicht mehr als zehn Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt hat. Der Verzicht gilt auch für die nachfolgenden Jahre. Jeder Genossenschafter hat jedoch das Recht, spätestens 10 Tage vor der Delegiertenversammlung eine eingeschränkte Revision der Jahresrechnung zu verlangen. Die Delegiertenversammlung muss diesfalls die Revisionsstelle wählen und darf die Beschlüsse nach Art. 17 erst fassen, wenn der Revisionsbericht vorliegt.

Art. 31 Aufgaben

- ¹ Die Revisionsstelle prüft die Jahresrechnung des Verbandes nach Gesetz und anerkannten Grundsätzen der Rechnungsprüfung.
- ² Sie legt der Delegiertenversammlung ihren Bericht vor und stellt entsprechend Antrag.
- ³ Die Revisionsstelle nimmt in der Regel an der ordentlichen Delegiertenversammlung teil.

V. SCHIEDSGERICHT

Art. 32 Schiedsgericht

- ¹ Rechtsstreitigkeiten über Verbandsangelegenheiten zwischen dem Verband und seinen Mitgliedern, zwischen einzelnen Sektionen sowie zwischen Sektionen und deren Mitgliedern sind unter Ausschluss der ordentlichen Gerichtsbarkeit durch ein Dreierschiedsgericht mit Sitz in Uzwil SG endgültig zu entscheiden. Die Beschwerde ans Bundesgericht bleibt vorbehalten.
- ² Die Kontrahenten bezeichnen je einen Schiedsrichter; diese verständigen sich innert 30 Tagen auf einen externen und unabhängigen Obmann, der

Jurist sein muss und dem bei Stimmengleichheit der Stichtentscheid zusteht. Eine allfällige Anfechtungsfrist ist gewahrt, wenn der eine Kontrahent dem anderen innert Frist seinen Schiedsrichter bezeichnet und seine Anträge stellt, worauf der andere Kontrahent innert weiterer 30 Tage seinen Schiedsrichter bezeichnet. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Schweizerischen Zivilprozessordnung über die Schiedsgerichtsbarkeit.

VI. FINANZEN

Art. 33 Haftung für Verbindlichkeiten

Die Mitglieder haften nicht für Verbindlichkeiten des Verbandes.

Art. 34 Einnahmen

- ¹ Der Verband finanziert sich in erster Linie aus den ordentlichen Beiträgen der Mitglieder.
- ² Die Delegiertenversammlung regelt in einem Reglement die Einzelheiten für die Bemessung und den Einzug der Mitgliederbeiträge.
- ³ Für den Betrieb und Unterhalt besonderer Institutionen und für die Finanzierung besonderer Aufgaben kann die Delegiertenversammlung ausserordentliche Beiträge festlegen.

VII. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 35 Bekanntmachungen

- ¹ Publikationsorgan ist das Schweizerische Handelsamtsblatt.
- ² Mitteilungen an die Verbandsmitglieder erfolgen durch Brief, Fax oder Mail und/oder durch Publikation im Fachorgan.

Art. 36 Statutenänderungen

- ¹ Statutenänderungen bedürfen einer $\frac{2}{3}$ -Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Art. 37 Auflösung des Verbandes

- ¹ Der Beschluss auf Auflösung des Verbandes bedarf einer $\frac{3}{4}$ -Mehrheit sämtlicher Delegiertenstimmen.

- ² Soweit nicht ein besonderer Liquidator bestimmt wird, besorgt der dannzumal amtierende Zentralvorstand die Liquidation.
- ³ Der Liquidationserlös ist wenn möglich auf eine Institution zu übertragen, die sich den selben bzw. vergleichbaren Zwecken widmet. Zu diesem Zweck wird der Liquidationserlös für die Dauer von drei Jahren dem Präsidium des Schweizerischen Gewerbeverbandes treuhänderisch übertragen. Bildet sich während dieser Zeit kein neuer Verband mit vergleichbarem Zweck, so ist der Liquidationserlös an die im Zeitpunkt der Auflösung vorhandenen Aktivmitglieder (nach Massgabe der Anzahl ihrer Sektionsmitglieder) zu verteilen.

Art. 38 Ergänzende Bestimmungen / Auslegungsregel

- ¹ Soweit diese Bestimmungen keine Regelung enthalten, gelten ergänzend die Bestimmungen des Schweizerischen Obligationenrechtes über die Genossenschaft.
- ² Bei Auslegungsschwierigkeiten ist der deutschsprachige Text der Statuten und des Gesetzes massgebend.

Art. 39 Inkrafttreten / Übergangsbestimmungen

- ¹ Diese Statuten treten mit ihrer Annahme anlässlich der Delegiertenversammlung vom 24. Juni 2011 in Kraft.
- ² Diese Statuten ersetzen diejenigen vom 1. Dezember 2000 / 27. November 2009.
- ³ Die bisherigen Einzelmitglieder bilden neu die Sektion Einzelmitglieder.

STATUTS D'ENVELOPPE DES ÉDIFICES SUISSE

valable du 24.06.2011

FR

	Page
I. NOM, FORME JURIDIQUE, SIÈGE ET BUT	
Art. 1 Nom, forme juridique, siège et but	23
Art. 2 But	23
II. MEMBRES	
Art. 3 Genre d'affiliation	23
Art. 4 Acquisition du statut de membre	24
Art. 5 Droits et obligations	25
Art. 6 Fin de l'affiliation	25
Art. 7 Sanctions	26
Art. 8 Droits et responsabilités	26
III. ORGANES	
Art. 9 Principe	26
A. Assemblée générale	
Art. 10 Assemblée générale	26
Art. 11 Convocation	26
Art. 12 Présidence et procès-verbal	27
Art. 13 Tâches et compétences	27
B. Assemblée des délégués	
Art. 14 Délégation des délégués	27
Art. 15 Convocation	27
Art. 16 Présidence et procès-verbal	28
Art. 17 Tâches et compétences	28
Art. 18 Quorum et représentation	29
Art. 19 Décision	29
C. Comité central (administration)	
Art. 20 Convocation, durée de mandants, constitution	29
Art. 21 Présidence et procès-verbal	29
Art. 22 Tâches et compétences	30
Art. 23 Délégation de la direction administrative et règlement d'organisation ..	30
Art. 24 Quorum et prises de décisions	31
Art. 25 Droit à la signature	31

	D. Conférence des présidents	
Art. 26	Composition, constitution et convocation	31
Art. 27	Tâches et décision	31
	E. Commission de gestion	
Art. 28	Élection, durée des mandats et constitution	32
	F. Organe de révision	
Art. 30	Élection et durée du mandat	32
Art. 31	Tâches	32
	V. TRIBUNAL D'ARBITRAGE	
Art. 32	Tribunal d'arbitrage	33
	VI. FINANCES	
Art. 33	Responsabilité	33
Art. 34	Recettes	33
	VII. DISPOSITIONS FINALES	
Art. 35	Publications	33
Art. 36	Modifications des statuts	34
Art. 37	Dissolution de l'association	34
Art. 38	Dispositions complémentaires / règles d'interprétation	34
Art. 39	Entrée en vigueur / Dispositions transitoires	34

I. NOM, FORME JURIDIQUE, SIÈGE ET BUT

Art. 1 Nom, forme juridique, siège et but

- ¹ Sous le nom «Coopérative Enveloppe des édifices Suisse» (ci-après «association») est instituée une société coopérative au sens des art. 828 ss. du Code fédéral des obligations.
- ² Le siège de l'association est à Uzwil, SG.

Art. 2 But

Le but de l'association est de sauvegarder et promouvoir les intérêts de ses membres ainsi que de la branche de l'enveloppe des édifices, tant sur le plan technique que politique. Les membres profitent avant tout des activités et prestations de service de l'association, en corrélation avec la promotion de la construction durable et assortie d'enveloppes des édifices énergétiquement efficaces. L'association s'engage, dans l'intérêt de ses membres, dans la poursuite du développement de matériaux, notamment en ce qui concerne la fonctionnalité et le design des toitures et façades ainsi que pour l'évolution continue des techniques d'application. Les membres profitent, en outre, de prestations de formation en raison de l'évolution du champ professionnel de l'enveloppe des édifices.

FR

II. MEMBRES

Art. 3 Genre d'affiliation

- ¹ Les membres actifs sont les sections. Celles-ci regroupent des entreprises (en règle générale comme association ou coopérative) actives sur ou dans l'enveloppe des édifices. Les sections sont libres dans la conception de leurs statuts; ceux-ci doivent toutefois correspondre aux statuts, aux visions et plan directeur de l'association.
- ² Les membres des sections sont, par leur affiliation à une section, simultanément membres de l'association. Ils exercent leur droit de vote néanmoins qu'au travers de leur section. L'affiliation à une section locale ou régionale est d'usage en règle générale, dans la mesure où les conditions d'une affiliation comme section, association ou partenaire ne sont pas données.
- ³ Les personnes ou entreprises qui ne peuvent pas ou ne veulent pas adhérer à une section et pour lesquelles une affiliation comme membre partenaire n'est pas possible, peuvent présenter une demande d'affiliation à la section des membres individuels. La section des membres individuels regroupe les

membres dans une section interne. Ils disposent fondamentalement des mêmes droits et obligations que les membres des autres sections.

- ⁴ Le comité peut proposer à l'assemblée des délégués de subdiviser la section des membres individuels, si sa grandeur et sa composition avèrent une telle mesure raisonnablement nécessaire. Une telle subdivision ne doit cependant pas défavoriser outre mesure les autres sections.
- ⁵ Les associations, proprement dites, désireuses d'adhérer – mis à part les organisations faitières – ont la possibilité de s'affilier à la section des associations qui regroupe, dans une section interne, les associations dont les droits et obligations sont fondamentalement les mêmes que pour les autres sections; l'obligation de cotiser est toutefois réglée séparément.
- ⁶ Les personnes et entreprises de l'industrie des fournisseurs ou de l'enveloppe des édifices ainsi que les organisations faitières peuvent adhérer comme membres partenaires. Ceux-ci n'ont pas de droit de vote et d'élection. Ils ont cependant le droit de participer à l'assemblée générale. Le comité central règle, dans un règlement y relatif, les détails concernant les droits et obligations des membres partenaires, notamment en ce qui concerne le flux d'informations, le droit de consultation, etc.
- ⁷ Les personnes qui se sont acquises des mérites particuliers au sein de l'association peuvent être nommées membres d'honneur. Cet honorariat, en soi, ne confère pas des obligations et droits particuliers.

Art. 4 Acquisition du statut de membre

- ¹ Les sections qui souhaitent devenir membres actifs doivent en faire la demande au comité central. Celui-ci ordonnera la mise à disposition des indications et documents nécessaires. Le dossier de demande d'affiliation une fois complet, le comité central consultera la prochaine assemblée des délégués qui statuera sur l'acceptation ou le refus du statut de membre actif.
- ² Les demandes d'admission adressées directement à l'association et qui ne concernent ni la section des associations ni un quelconque partenariat sont généralement transmises à la section locale concernée.
- ³ Lorsqu'une section rejette une demande d'adhésion et que le requérant présente une demande d'affiliation à la section des membres individuels, celle-ci sera transmise à la section locale ou régionale concernée pour prise de position. Il en va de même lorsque quelqu'un présente une demande d'adhésion directement à la section des membres individuels en raison de faits fondés (comme par exemple des différends personnels graves, des différences fondamentales dans la structure de l'entreprise, etc.) en totale opposition à une adhésion à la section locale concernée. Lorsque celle-ci souscrit à une adhésion à la section des membres individuels, la demande peut être avalisée par le comité central. Dans le cas contraire, le comité central trans-

met la demande à la conférence des présidents pour prise de décision dans la mesure où il y souscrit également. Une adhésion à la section des membres individuels peut aussi être remplacée par une affiliation à une autre section plutôt qu'à la section locale ou régionale (à l'exception de la section des associations), si cette dernière y souscrit.

⁴ L'adhésion à la section des associations est approuvée par l'assemblée des délégués, sur proposition du comité central.

⁵ L'affiliation de partenaires est acquise par décision du comité central.

Art. 5 Droits et obligations

¹ Les sections, membres des sections et membres d'honneur ont le droit de participer aux assemblées générales et des délégués tandis que les membres partenaires ne peuvent assister qu'aux assemblées générales. Le droit de vote et d'élection n'est réservé qu'aux sections. De plus, tous les membres ont le droit de profiter des prestations de service offertes par l'association à ses membres, respectivement catégories de membres.

² Les membres se soumettent aux dispositions légales et statutaires ainsi qu'aux décisions et règlements adoptés par l'assemblée des délégués et le comité central.

³ Les membres des sections et membres partenaires doivent verser les cotisations adoptées par l'assemblée des délégués. Les sections locales ou régionales ont droit à une part raisonnable des cotisations versées par les membres de la section des membres individuels.

Art. 6 Fin de l'affiliation

¹ L'affiliation prend fin à la suite d'une démission, du décès du membre (uniquement pour les personnes physiques) d'une dissolution (pour les personnes morales et les corporations), l'exclusion ou la dissolution de l'association.

² La démission est possible moyennant un préavis de six mois avant la fin de l'année calendaire.

³ Le décès respectivement la dissolution d'un membre radie l'affiliation automatiquement.

⁴ Les membres qui ne font pas droit à leurs obligations (notamment de payer leurs cotisations), nonobstant une mise en demeure ou qui sont admonestés par le comité central pour avoir enfreint les intérêts de l'association peuvent être exclus par le comité (membres des sections et membres partenaires) ou sur proposition du comité central, par l'assemblée des délégués (sections).

⁵ La fin de l'affiliation n'a aucune incidence sur l'accomplissement des droits et obligations antérieurs.

Art. 7 Sanctions

- ¹ Les membres qui enfreignent les intérêts de l'association sont admonestés par le comité central.
- ² Si une admonestation est ignorée, elle est suivie d'une mise en demeure formelle assortie d'une menace d'exclusion en cas de récidive.
- ³ Simultanément, c'est-à-dire en complément à l'admonestation ou la mise en demeure, le comité central peut, en cas d'infraction aux statuts ou de non-observation des décisions de l'assemblée générale respectivement des délégués ou du comité central, prononcer une ou des amendes à l'endroit du membre fautif, allant de CHF100.00 à CHF 10'000.00; ces deniers reviennent à l'association.
- ⁴ Le membre amendé peut recourir dans les 30 jours qui suivent la notification auprès du tribunal d'arbitrage compétent.

Art. 8 Droits et responsabilités

- ¹ Les membres démissionnaires, exclus ou forclos d'une quelconque manière perdent tous droits à la fortune de l'association.
- ² Par contre, les ex-membres, respectivement leurs successeurs légaux répondent des obligations en cours envers l'association, découlant de l'affiliation.

■ III. ORGANES

Art. 9 Principe

- ¹ Les organes de l'association sont l'assemblée générale, l'assemblée des délégués, le comité central, la commission de gestion et l'organe de révision comptable.
- ² D'autres organes peuvent être institués à la suite de modifications statutaires.

A. ASSEMBLÉE GÉNÉRALE

Art. 10 Assemblée générale

L'assemblée des membres de l'association constitue l'assemblée générale.

Art. 11 Convocation

- ¹ L'assemblée générale a lieu, en règle générale, tous les deux ans, sur décision du comité central.

- ² La publication se fait par le biais du journal professionnel où sont publiés le lieu, l'heure et l'ordre du jour. La publication doit avoir lieu au moins quatre semaines avant l'assemblée.

Art. 12 Présidence et procès-verbal

- ¹ La présidence est assumée par le président de l'association, en cas d'empêchement par le vice-président. Le cas échéant, il est aussi possible de nommer un président du jour.
- ² Un procès-verbal doit être tenu lors de l'assemblée générale. Celui-ci est signé par le président et l'actuaire qui ne doit pas nécessairement être membre de l'association, respectivement du comité. Le procès-verbal est adressé aux membres. Il est approuvé lors de la prochaine assemblée.

Art. 13 Tâches et compétences

- ¹ L'assemblée générale a pour but de représenter l'association envers un large public et de promouvoir la collégialité entre les membres.
- ² Les honorariats sont décidés par l'assemblée des délégués puis avalisés par l'assemblée générale.

FR

B. ASSEMBLÉE DES DÉLÉGUÉS

Art. 14 Délégation des délégués

- ¹ L'assemblée des délégués regroupe les délégués des sections.
- ² Chaque section a le droit d'envoyer un délégué au moins et un délégué supplémentaire pour chaque tranche de dix membres de la section; les dizaines entamées constituent un droit. Les membres du comité central ne peuvent pas exercer la fonction de délégué.

Art. 15 Convocation

- ¹ L'assemblée des délégués a lieu chaque année au cours du premier semestre, en règle générale au printemps.
- ² Les assemblées des délégués extraordinaires ont lieu sur convocation du comité central, chaque fois que les affaires le commandent ainsi que lorsque trois sections au moins, la commission de gestion ou l'organe de vérification l'exigent du comité central. Si le comité central ne fait pas droit à une telle demande dans les 30 jours, les sections concernées, respectivement la commission de gestion ou l'organe de révision peuvent convoquer une telle assemblée directement.
- ³ La convocation assortie de l'ordre du jour doit se faire par lettre et par publication dans l'organe officiel 20 jours au moins avant l'assemblée.

- 4 Les motions et propositions d'élections de membres destinées à l'assemblée des délégués doivent être soumises au comité central 50 jours au moins avant l'assemblée; les propositions d'élections 90 jours au moins avant ladite assemblée des délégués.
- 5 Aucune décision ne peut être prise sur des affaires qui n'ont pas été mises à l'ordre du jour. Par contre, si l'assemblée les déclare importantes, elles sont transmises au comité central pour traitement.

Art. 16 Présidence et procès-verbal

- 1 La présidence est assumée par le président de l'association, en cas d'empêchement par le vice-président. Le cas échéant, il est aussi possible de nommer un président du jour.
- 2 Un procès-verbal doit être tenu lors de l'assemblée des délégués. Celui-ci est signé par le président et l'actuaire qui ne doit pas nécessairement être membre de l'association, respectivement du comité. Le procès-verbal est adressé aux membres. Il est approuvé lors de la prochaine assemblée. En cas d'urgence temporelle, le procès-verbal ou des extraits de celui-ci peuvent être adressés aux membres avec la notification d'un délai de recours qui, une fois écoulé sans intervention, valide le procès-verbal, respectivement les extraits soumis.

Art. 17 Tâches et compétences

- 1 Toutes les tâches et compétences dévolues par l'assemblée générale incombent à l'assemblée des délégués, sous réserve de l'art. 13. L'assemblée des délégués est donc compétente pour toutes les tâches qui, légalement ou statutairement ne sont pas attribuées à d'autres organes.
- 2 Les tâches et compétences suivantes incombent à l'assemblée des délégués:
 - a. La validation et les modifications des statuts.
 - b. L'élection et la destitution du comité central, de la CPN, de la commission de gestion et de l'organe de révision ainsi que d'autres organes prévus dans les statuts.
 - c. Les promulgations et modifications de règlements et cahier des charges de la commission de gestion.
 - d. L'admission et l'exclusion de sections.
 - e. L'approbation de la subdivision de la section des membres individuels en plusieurs parties de sections indépendantes.
 - f. L'approbation des admissions à la section des associations.
 - g. L'approbation de la vision et du plan directeur.
 - h. La fixation des cotisations des membres.
 - i. L'approbation du rapport et des comptes annuels.
 - j. La prise de connaissance des rapports de la commission de gestion, de l'organe de révision et de la fondation Polybat.

- k. L'octroi du quitus au comité.
- l. L'approbation de la convention collective de travail, de ses modifications, resp. de sa reconduction dans la mesure où la compétence n'incombe pas à la conférence des présidents des sections (convention complémentaire, art. 27 al. 2).
- m. La prise de décision sur les motions des membres et du comité central.
- n. La nomination de membres d'honneur.
- o. La prise de décision sur toutes les autres affaires qui lui sont soumises par le comité central.

Art. 18 Quorum et représentation

- ¹ L'assemblée des délégués est apte à statuer, sous réserve des prescriptions légales impératives et contraires, indépendamment du nombre des membres actifs, respectivement délégués présents.
- ² Les membres sont représentés par leurs délégués.

Art. 19 Décision

- ¹ Chaque délégué a une voix.
- ² Les décisions sont arrêtées en principe à la majorité absolue des délégués présents. En cas d'égalité de voix, la motion concernée est refusée.
- ³ Les votations ont en règle générale lieu à main levée; les élections au bulletin secret. L'assemblée peut, par une majorité de 2/3, adopter une autre réglementation.

C. COMITÉ CENTRAL (ADMINISTRATION)

Art. 20 Convocation, durée de mandats, constitution

- ¹ Le comité central est composé du président de l'association, du vice-président et de deux à six autres membres.
- ² La durée des mandats est de quatre ans. La rééligibilité est en principe possible. Le président est rééligible à bien plaisir jusqu'à l'âge de 65 ans révolus. Pour les autres membres du comité, la durée de fonction est limitée à 12 ans.
- ³ Le comité se constitue lui-même.

Art. 21 Présidence et procès-verbal

- ¹ La présidence est assumée par le président, en cas d'empêchement par le vice-président. Le cas échéant, il est aussi possible de nommer un président du jour.
- ² Un procès-verbal doit être tenu lors des séances du comité. Celui-ci est signé par le président et l'actuaire qui ne doit pas nécessairement être membre du

comité. Le procès-verbal est adressé aux membres du comité. Il est approuvé lors de la prochaine séance. En cas d'urgence temporelle, le procès-verbal ou des extraits de celui-ci peuvent être adressés aux membres du comité, assorti de la notification d'un délai de recours qui, une fois écoulé sans intervention, valide le procès-verbal, respectivement les extraits soumis.

Art. 22 Tâches et compétences

- ¹ Le comité central est l'organe administratif suprême de l'association. Il détermine la politique administrative de l'association compte tenu du plan directeur et assume la surveillance suprême.
- ² Le comité dispose des compétences suivantes et assume les tâches que voici:
 - a. Conduite des affaires de l'association, dans la mesure où celles-ci ne sont pas déléguées au sens de l'article 23.
 - b. Supervision sur les affaires déléguées.
 - c. Mise sur pied et actualisation régulière de la vision et du plan directeur
 - d. Détermination de la stratégie de l'association, compte tenu de la vision et du plan directeur.
 - e. Représentation de l'association envers les tiers (dans la mesure où ce n'est pas le directeur qui s'en charge) et réglementation du droit à la signature.
 - f. Mise sur pied, réglementation et dissolution de commissions.
 - g. Édition, modification et abrogation de règlements, notamment pour les secteurs de tâches déléguées (règlement d'administration).
 - h. Rédaction du rapport annuel, des comptes annuels et du budget.
 - i. Préparation et réalisation de l'assemblée générale et de l'assemblée des délégués.
 - j. Approbation de décrets et modifications des statuts.
 - k. Affiliation des membres à la section des membres individuels, dans la mesure où les sections locales ou régionales concernées y souscrivent.
 - l. Exclusion de membres des sections.
 - m. Affiliation et exclusion de membres partenaires.
 - n. Prise de décision sur l'adhésion d'autres associations et organisations ainsi que détermination des délégations y relatives.
- ³ Par sa fonction, le comité est aussi le conseil de fondation de la fondation Polybat. Il fait connaître à chaque assemblée des délégués le rapport respectif de la fondation Polybat.

Art. 23 Délégation de la direction administrative et règlement d'organisation

- ¹ Le comité est habilité à déléguer en tout temps, l'ensemble ou parties de la direction administrative.
- ² Le comité central édicte un règlement d'administration qui règle la direction, détermine les organes nécessaires et leurs tâches ainsi que le reportage.

Art. 24 Quorum et prises de décisions

- ¹ Le comité est habilité à prendre des décisions lorsque la majorité de ses membres sont présents.
- ² Si le quorum n'est pas atteint, une nouvelle séance devra être convoquée qui alors, indépendamment des présences, pourra prendre des décisions.
- ³ En cas d'égalité de voix, le président départage.
- ⁴ Les décisions prises à la suite d'une consultation par lettres circulaires sont admissibles dans la mesure où tous les membres du comité souscrivent à ce mode de faire.

Art. 25 Droit à la signature

- ¹ Le comité règle le droit à la signature et veille aux inscriptions y relatives au Registre du commerce.
- ² Les membres du comité central et le directeur ont droit à la signature; il s'agit d'une signature collective à deux.

D. CONFÉRENCE DES PRÉSIDENTS**Art. 26 Composition, constitution et convocation**

- ¹ La conférence des présidents regroupe les présidents des sections.
- ² Le comité central et le directeur de l'association participent à la conférence des présidents où ils exercent une voix consultative.
- ³ La présidence de la conférence des présidents est assumée par le président de l'association, en cas d'empêchement par le vice-président. Au besoin, un président du jour peut être élu. En outre, la conférence des présidents se constitue elle-même.
- ⁴ La conférence des présidents est convoquée par le président, selon les besoins, mais au moins une fois par année.

Art. 27 Tâches et décision

- ¹ La conférence des présidents constitue le trait d'union entre l'association et ses sections ainsi qu'avec d'autres institutions proches de l'association.
- ² La conférence des présidents avalise les conventions complémentaires à la CCT, annuelles, négociées par la commission paritaire nationale (CPN) (dont la délégation de l'association est élue par le comité central). Les présidents des sections dont les membres ne sont majoritairement pas assujettis à la CCT, n'ont pas de CCT ou sont affiliés à une autre CCT n'ont pas le droit de vote.
- ³ La conférence des présidents décide quant aux demandes d'adhésion à la section des membres individuels (ou, le cas échéant à une fraction indépen-

dante qu'elle aura constitué) approuvées par le comité central mais rejetées par la section locale compétente.

- 4 Le budget de l'année à venir est présenté annuellement à la conférence des présidents pour approbation.
- 5 Chaque président a une voix.

E. COMMISSION DE GESTION

Art. 28 Élection, durée des mandats et constitution

- 1 L'assemblée des délégués élit la commission de gestion pour une période de quatre ans. La réélection est admissible. La fonction des membres est limitée à douze ans au maximum.
- 2 La commission de gestion a accès à tous les dossiers de l'association.
- 3 La commission de gestion présente son rapport à l'assemblée des délégués à l'endroit de laquelle elle propose, le cas échéant, les mesures nécessaires.
- 4 L'assemblée des délégués édicte un règlement d'organisation et un cahier des charges pour la commission de gestion.

F. ORGANE DE RÉVISION

Art. 30 Élection et durée du mandat

- 1 L'assemblée des délégués élit, pour une période d'une année, un organe de révision indépendant agréé. Sa réélection est à volonté admissible.
- 2 L'assemblée des délégués peut renoncer à l'élection d'un organe de révision si l'association n'est pas assujettie à la révision ordinaire, si tous les sociétaires y souscrivent et si l'association n'occupe pas plus de dix employés à plein temps. La renonciation est valable aussi pour les années subséquentes. Chaque sociétaire a cependant le droit, dans les dix jours qui précèdent l'assemblée des délégués, d'exiger une révision restreinte des comptes annuels. L'assemblée des délégués doit alors élire un organe de révision agréé et ne peut prendre des décisions au sens de l'article 17 qu'au moment où le rapport du réviseur est édité.

Art. 31 Tâches

- 1 L'organe de révision contrôle les comptes annuels de l'association selon la loi et les principes reconnus de la révision comptable.
- 2 L'organe de révision présente son rapport à l'assemblée des délégués assorti de ses requêtes.
- 3 L'organe de révision participe, en règle générale, à l'assemblée des délégués ordinaire.

V. TRIBUNAL D'ARBITRAGE

Art. 32 Tribunal d'arbitrage

- ¹ Les litiges relatifs aux affaires de l'association et ses membres, les sections entre-elles et leurs membres sont portées devant un tribunal d'arbitrage dont le siège est à Uzwil, SG, qui règle le cas définitivement, indépendamment d'une procédure juridictionnelle ordinaire. Le recours au Tribunal fédéral demeure réservé.
- ² Chaque partie désigne un arbitre. Les arbitres ainsi désignés élisent à leur tour, dans les 30 jours, un surarbitre qui doit être juriste de formation et qui assumera la présidence du tribunal d'arbitrage. Il départage en cas d'égalité de voix. En outre, les dispositions du code de procédure civile sont applicables.

FR

VI. FINANCES

Art. 33 Responsabilité

Les membres ne répondent pas des engagements de l'association.

Art. 34 Recettes

- ¹ L'association se finance principalement par les cotisations ordinaires de ses membres.
- ² L'assemblée des délégués édicte, dans un règlement, les détails concernant la fixation et l'encaissement des cotisations des membres
- ³ Pour l'exploitation et l'entretien d'institutions particulières et le financement de tâches spéciales, l'assemblée des délégués peut fixer des cotisations extraordinaires.

VII. DISPOSITIONS FINALES

Art. 35 Publications

- ¹ La feuille suisse du commerce est l'organe officiel des publications.
- ² Les communiqués aux membres de l'association sont transmis par lettre, télécopieur ou courriel et/ou par publication dans le journal professionnel.

Art. 36 Modifications des statuts

- ¹ Les modifications des statuts nécessitent les $\frac{2}{3}$ des voix émises.

Art. 37 Dissolution de l'association

- ¹ La décision de dissoudre l'association nécessite les $\frac{3}{4}$ de toutes les voix des délégués.
- ² Dans la mesure où aucun liquidateur particulier n'est désigné, c'est le comité en fonction lors de la décision de dissolution qui est chargé de la liquidation.
- ³ Le produit de la liquidation est si possible versé à une institution qui poursuit les mêmes buts ou des buts similaires. À cette fin, le produit de la liquidation est confié à titre fiduciaire, pour une période de trois ans, à la présidence de l'Union suisse des arts et métiers. Si, au cours de cette période aucune nouvelle association au but semblable n'est instituée, le produit de la liquidation est versé aux membres actifs lors de la liquidation (en fonction du nombre des membres de leur section).

Art. 38 Dispositions complémentaires / règles d'interprétation

- ¹ Dans la mesure où ces dispositions ne contiennent pas de réglementation particulière, ce sont celles du Code fédéral des obligations (Suisse) qui sont applicables.
- ² En cas de difficultés d'interprétation, c'est la version textuelle allemande des statuts et de la loi qui fait foi.

Art. 39 Entrée en vigueur / Dispositions transitoires

- ¹ Ces statuts entrent en vigueur dès leur acceptation par l'assemblée des délégués du 24 juin 2011.
- ² Les présents statuts abrogent ceux du 1^{er} décembre 2000 / 27 novembre 2009.
- ³ Les membres individuels actuels constituent désormais la section des membres individuels.

STATUTI DI INVOLUCRO EDILIZIO SVIZZERA

valido dal 24.06.2011

IT

	I. RAGIONE SOCIALE, FORMA GIURIDICA, SEDE E SCOPO	Pagina
Art. 1	Ragione sociale, forma giuridica e sede	39
Art. 2	Scopo	39
II.	APPARTENENZA ALL'ASSOCIAZIONE	
Art. 3	Categorie di membri	39
Art. 4	Acquisizione della qualità di socio	40
Art. 5	Diritti e doveri	41
Art. 6	Perdita della qualità di socio	41
Art. 7	Sanzioni	42
Art. 8	Pretese e obblighi	42
III.	ORGANI	
Art. 9	Principio	42
	A. Assemblea generale	
Art. 10	Assemblea generale	42
Art. 11	Convocazione	42
Art. 12	Presidenza e verbale	43
Art. 13	Compiti e competenze	43
	B. Assemblea dei delegati	
Art. 14	Nomina dei delegati	43
Art. 15	Convocazione	43
Art. 16	Presidenza e verbale	44
Art. 17	Compiti e competenze	44
Art. 18	Quorum e rappresentanza	45
Art. 19	Delibere	45
	C. Comitato Centrale (amministrato)	
Art. 20	Nomina, durata del mandato e costituzione	45
Art. 21	Presidenza e verbale	45
Art. 22	Compiti e competenze	46
Art. 23	Delega della direzione operativa e regolamento d'organizzazione	46
Art. 24	Quorum e deliberazioni	47
Art. 25	Diritto di firma	47

	D. Conferenza dei presidenti	
Art. 26	Composizione, costituzione e convocazione	47
Art. 27	Compiti e delibere	47
	E. Commissione della gestione	
Art. 28	Nomina, durata del mandato e costituzione	48
Art. 29	Compiti	48
	F. Ufficio di revisione	
Art. 30	Nomina e durata del mandato	48
Art. 31	Compiti	48
IV.	TRIBUNALE ARBITRALE	
Art. 32	Tribunale arbitrale	49
V.	FINANZE	
Art. 33	Responsabilità per gli impegni associativi	49
Art. 34	Entrate	49
VI.	DISPOSIZIONI FINALI	
Art. 35	Notificazioni	50
Art. 36	Cambiamento degli statuti	50
Art. 37	Scioglimento dell'Associazione	50
Art. 38	Disposizioni complementari / norme interpretative	50
Art. 39	Entrata in vigore / disposizioni transitorie	50

I. RAGIONE SOCIALE, FORMA GIURIDICA, SEDE E SCOPO

Art. 1 Ragione sociale, forma giuridica e sede

- ¹ Sotto la denominazione «Società cooperativa Involucro edilizio Svizzera» (di seguito denominata semplicemente «Associazione») è costituita una società cooperativa ai sensi degli articoli 828 e seguenti del Codice delle obbligazioni svizzero.
- ² L'Associazione ha sede a Uzwil, nel Canton San Gallo.

Art. 2 Scopo

L'Associazione si propone di tutelare e promuovere gli interessi dei suoi membri e del settore dell'involucro edilizio nelle questioni di carattere tecnico e politico. I membri traggono essenzialmente vantaggio dalle attività dell'Associazione e dai servizi che essa eroga al fine di promuovere un'edilizia sostenibile che, in quanto tale, si avvale di involucri edilizi energeticamente efficienti. Sempre nell'interesse dei suoi membri, l'Associazione promuove lo sviluppo della tecnica di applicazione, della funzionalità e del design dei materiali impiegati per i tetti e le facciate. I membri beneficiano inoltre di offerte di formazione correlate al perfezionamento professionale nel settore dell'involucro edilizio.

II. APPARTENENZA ALL'ASSOCIAZIONE

Art. 3 Categorie di membri

- ¹ Possono essere membri attivi le sezioni, costituite da un consorzio di aziende (di regola sotto forma di associazione o società cooperativa) che operano o cooperano nell'ambito dell'involucro edilizio. Le sezioni sono libere di allestire i propri statuti come preferiscono, tuttavia entro i limiti tracciati dalla vision, dalle linee guida e dello statuto dell'Associazione.
- ² I membri di una sezione, in quanto tali, lo sono anche dell'Associazione. Essi esercitano tuttavia il loro diritto di voto esclusivamente attraverso la sezione. L'appartenenza tramite la sezione localmente competente costituisce la regola, salvo che siano date le premesse per l'appartenenza alla Sezione Associazioni o per un'adesione in qualità di partner.
- ³ Le persone o le aziende che non possono o non vogliono associarsi a una sezione e per le quali non è neppure prevista un'adesione in qualità di partner possono inoltrare una richiesta di adesione alla Sezione Membri Singoli.

Quest'ultima raggruppa i suoi membri in una sezione interna all'Associazione cui competono in linea di massima gli stessi diritti e doveri attribuiti alle altre sezioni.

- ⁴ Il Comitato Centrale può richiedere all'assemblea dei delegati di suddividere la Sezione Membri Singoli, qualora le sue dimensioni e composizione lo rendessero opportuno e se alle altre sezioni non ne deriva alcun pregiudizio. In questo caso ogni parte viene considerata come sezione singola.
- ⁵ Ad eccezione delle organizzazioni-mantello, candidati che sono a loro volta delle associazioni hanno la possibilità di iscriversi alla Sezione Associazioni. Quest'ultima raggruppa tali associazioni in una sezione interna all'Associazione, alla quale competono in linea di massima gli stessi diritti e doveri attribuiti alle altre sezioni; l'obbligo contributivo è per contro regolato separatamente.
- ⁶ Possono essere ammesse quali membri-partner persone e aziende fornitrici o attive in altro modo nel settore dell'involucro edilizio, così come le organizzazioni-mantello. Detti membri non hanno diritto di voto, ma hanno facoltà di partecipare all'assemblea generale. Mediante un regolamento il Comitato Centrale disciplina i singoli dettagli inerenti ai diritti e ai doveri dei membri partner, in particolare in merito al flusso d'informazioni, ai diritti di consultazione e simili.
- ⁷ Le persone che si sono distinte per particolari meriti nel sostenere l'Associazione possono essere nominate membri onorari. Lo statuto di membro onorario non conferisce diritti o oneri supplementari.

Art. 4 Acquisizione della qualità di socio

- ¹ Le sezioni che desiderano aderire all'Associazione come membri attivi devono inoltrare una richiesta di ammissione al Comitato Centrale, il quale richiederà loro i dati e la documentazione necessari. Dopo la presentazione della domanda di ammissione completa, il Comitato Centrale inviterà l'assemblea dei delegati, in occasione della convocazione successiva, ad approvare o a respingere la candidatura quale membro attivo.
- ² Le domande di ammissione inoltrate direttamente all'Associazione che non riguardano né la Sezione associazioni né un'adesione quale membro partner vengono di regola inoltrate alla sezione competente.
- ³ Una domanda di adesione respinta da un sezione e in seguito inoltrata dal richiedente alla Sezione Membri Singoli, viene sottoposta per esame e presa di posizione alla sezione competente e alla Sezione Membri Singoli. La stessa procedura viene adottata se una domanda di adesione viene inoltrata direttamente alla Sezione Membri Singoli per motivi rilevanti (quali ad esempio divergenze personali insormontabili, strutture aziendali molto diverse, ecc.) che depongono a sfavore di un inoltro della una domanda di adesione alla

sezione localmente competente. Se questa sezione e la Sezione Membri Singoli approvano l'adesione alla Sezione Membri Singoli, il Comitato Centrale può accogliere la domanda. In caso contrario, e se la Sezione Membri Singoli e il Comitato stesso la appoggiano, quest'ultimo la sottopone per decisione alla Conferenza dei presidenti. Anziché aderire alla Sezione Membri Singoli, un richiedente può comunque aderire a una sezione diversa da quella competente (ad eccezione della Sezione Associazioni), se tale sezione è d'accordo.

- ⁴ L'adesione alla Sezione associazioni è approvata dall'assemblea dei delegati su istanza del Comitato Centrale.
- ⁵ L'ammissione dei partner è motivata con una decisione del Comitato Centrale.

Art. 5 Diritti e doveri

- ¹ Le sezioni, i loro membri e i membri onorari hanno il diritto di partecipare alle assemblee generali e dei delegati mentre i membri partner solo all'assemblea generale. Il diritto di voto e di elezione spetta invece unicamente alle sezioni. Tutti i membri hanno inoltre il diritto di usufruire dei servizi offerti dall'Associazione ai membri e alle relative categorie.
- ² I membri si attengono alle disposizioni di legge, degli statuti come anche alle decisioni e ai regolamenti dell'assemblea dei delegati e del Comitato Centrale.
- ³ I membri delle sezioni e i partner sono tenuti a corrispondere le quote sociali stabilite dall'assemblea dei delegati. Alla relativa sezione localmente competente spetta una parte adeguata delle quote versate dai membri della Sezione Membri Singoli.

Art. 6 Perdita della qualità di socio

- ¹ L'affiliazione cessa in caso di dimissioni, decesso (persone fisiche), scioglimento (persone giuridiche e corporazioni), esclusione o scioglimento di un'associazione.
- ² È possibile uscire dall'Associazione con un preavviso di disdetta di sei mesi per la fine di un anno civile.
- ³ Il decesso e lo scioglimento di un membro comportano eo ipso la perdita immediata della qualità di socio.
- ⁴ Il Comitato (membri delle sezioni e membri partner) o, su istanza del Comitato Centrale, l'assemblea dei delegati (sezioni) può escludere dall'Associazione i membri che nonostante diffida non adempiano ai propri doveri (in particolare non versino le quote associative) o malgrado ammonimento scritto da parte del Comitato Centrale ledano gli interessi dell'Associazione.
- ⁵ La perdita della qualità di socio non incide in alcun modo sull'adempimento di diritti e doveri acquisiti in precedenza.

Art. 7 Sanzioni

- ¹ Ai membri che ledono gli interessi dell'Associazione viene notificato un richiamo da parte del Comitato Centrale.
- ² Se un richiamo resta infruttuoso, viene emanato un ammonimento formale con comminatoria di esclusione in caso di reiterazione dell'atto.
- ³ In caso di violazione degli statuti o delle decisioni dell'Assemblea generale, dell'Assemblea dei delegati o del Comitato Centrale, quest'ultimo può comminare al membro negligente, avvertito oltre al richiamo o ammonimento, una o, in caso di recidiva, più multe pari a un importo compreso tra 100.– e 10'000.– franchi; l'ammenda incassata spetta all'Associazione.
- ⁴ Il membro coinvolto può impugnare le decisioni in materia di multe entro 30 giorni al tribunale arbitrale dell'Associazione.

Art. 8 Pretese e obblighi

- ¹ I membri usciti, esclusi o in qualche altro modo allontanatisi dall'Associazione non possono far valere alcun diritto sul suo patrimonio.
- ² Viceversa, gli ex-membri e i loro successori in diritto devono continuare a soddisfare nei confronti dell'Associazione gli obblighi legati al loro statuto di membri della stessa.

III. ORGANI

Art. 9 Principio

- ¹ Gli organi dell'Associazione sono l'Assemblea generale, l'Assemblea dei delegati, il Comitato Centrale, la Commissione della gestione e l'Ufficio di revisione.
- ² È possibile istituire altri organi modificando gli statuti.

A. ASSEMBLEA GENERALE

Art. 10 Assemblea generale

La riunione dei membri dell'Associazione costituisce l'Assemblea generale.

Art. 11 Convocazione

- ¹ L'Assemblea generale è convocata di regola ogni due anni su decisione del Comitato Centrale.

- ² Luogo, data, orario e ordine del giorno dell'Assemblea generale devono essere pubblicati nell'organo di pubblicazione specializzato al più tardi quattro settimane prima della data in cui ne è previsto lo svolgimento.

Art. 12 Presidenza e verbale

- ¹ L'assemblea è presieduta dal presidente e, qualora questi fosse impedito, dal vice presidente. In caso di necessità, è possibile la nomina di un presidente del giorno.
- ² Per ogni assemblea generale va redatto un verbale, che deve essere firmato dal presidente e dal segretario, il quale non deve necessariamente essere membro dell'Associazione o del Comitato. Il verbale va recapitato ai membri e approvato in occasione dell'assemblea successiva.

Art. 13 Compiti e competenze

- ¹ L'Assemblea generale rappresenta pubblicamente l'Associazione e promuove la collegialità tra i suoi membri.
- ² Le onorificenze sono decise dall'Assemblea dei delegati e conferite durante l'assemblea generale.

B. ASSEMBLEA DEI DELEGATI

Art. 14 Nomina dei delegati

- ¹ L'Assemblea dei delegati riunisce i delegati delle sezioni.
- ² Ogni sezione ha il diritto di inviare almeno un delegato. Per ogni 10 membri attivi, la sezione ha diritto a un ulteriore delegato. Le decine incomplete sono considerate complete. I membri del Comitato Centrale non possono fungere da delegati.

Art. 15 Convocazione

- ¹ L'Assemblea dei delegati è convocata annualmente nel corso del primo semestre, di regola in primavera.
- ² Le assemblee straordinarie dei delegati sono convocate su invito del Comitato Centrale ogniqualvolta necessario e quando almeno tre sezioni, la Commissione della gestione o l'Ufficio di revisione ne richiedano la convocazione al Comitato Centrale. Se quest'ultimo non dà seguito a tale richiesta al massimo nei successivi 30 giorni, le sezioni coinvolte, la Commissione della gestione o l'Ufficio di revisione possono convocare l'assemblea di propria iniziativa.
- ³ La convocazione va effettuata con un anticipo di almeno 20 giorni sulla data prevista mediante lettera e pubblicazione nell'organo di pubblicazione specializzato, indicando l'ordine del giorno.

- ⁴ Le proposte di voto dei membri da sottoporre all'Assemblea dei delegati devono essere inoltrate al Comitato Centrale almeno 50 giorni prima dell'assemblea e le proposte di nomina almeno 90 giorni prima di essa.
- ⁵ Non è ammesso deliberare su argomenti che non siano stati debitamente iscritti all'ordine del giorno. Se dichiarati rilevanti dall'assemblea, essi devono tuttavia essere trasmessi per evasione al Comitato Centrale.

Art. 16 Presidenza e verbale

- ¹ L'assemblea è presieduta dal presidente e, qualora questi fosse impedito, dal vice presidente. In caso di necessità, è possibile la nomina di un presidente del giorno.
- ² Per ogni Assemblea dei delegati va redatto un verbale che deve essere firmato dal presidente e dal segretario, il quale non deve necessariamente essere membro dell'Associazione o del Comitato. Il verbale va recapitato ai membri e approvato in occasione dell'assemblea successiva. In caso di urgenza il verbale o singole parti di esso possono essere trasmessi ai membri con l'indicazione di un termine di opposizione; se tale termine scade inutilizzato, il verbale o le corrispondenti parti sono da considerarsi approvati.

Art. 17 Compiti e competenze

- ¹ Con riserva dell'articolo 13, all'Assemblea dei delegati sono conferiti tutti i compiti e le competenze dell'Assemblea generale. All'Assemblea dei delegati spettano pertanto tutti i compiti che, conformemente alla legge o agli statuti, non sono assegnati a un altro organo.
- ² All'Assemblea dei delegati spettano segnatamente i seguenti compiti e competenze:
 - a. elaborare e modificare gli statuti;
 - b. nominare e revocare il Comitato Centrale, la commissione CPN, la Commissione della gestione e l'Ufficio di revisione, così come eventuali altri organi previsti dagli statuti;
 - c. emanare e modificare il regolamento e i compiti della Commissione della gestione;
 - d. ammettere ed escludere le sezioni;
 - e. approvare la suddivisione della Sezione Membri Singoli in sezioni parziali autonome;
 - f. approvare l'adesione alla Sezione Associazioni;
 - g. approvare la vision e le linee guida;
 - h. definire le quote associative;
 - i. approvare la relazione annuale e il conto annuale;
 - j. prendere atto dei rapporti della Commissione della gestione, dell'Ufficio di revisione e della Fondazione Polybau;

- k. votare lo scarico per la gestione del Comitato;
- l. approvare il contratto collettivo di lavoro e le sue modifiche o gli adeguamenti, a meno che tale competenza non spetti alla Conferenza dei presidenti (Accordi aggiuntivi, art. 27 cpv. 2);
- m. deliberare sulle istanze dei membri e del Comitato Centrale;
- n. nominare i membri onorari;
- o. deliberare su tutte le altre questioni a lei sottoposte dal Comitato Centrale.

Art. 18 Quorum e rappresentanza

- ¹ Riservati eventuali, divergenti disposti di legge imperativi, le delibere dell'Assemblea dei delegati sono valide indipendentemente dal numero di membri attivi, risp. delegati presenti.
- ² I membri sono rappresentati dai loro delegati.

Art. 19 Delibere

- ¹ Ogni delegato dispone di un voto.
- ² Le decisioni vengono di principio prese a maggioranza assoluta dei voti espressi dai delegati presenti. La parità di voti comporta il rigetto dell'oggetto della delibera.
- ³ Le votazioni avvengono di regola mediante scrutinio pubblico e le elezioni mediante scrutinio segreto. L'assemblea può fissare una regola diversa con il voto della maggioranza dei due terzi dei membri presenti.

C. COMITATO CENTRALE (AMMINISTRAZIONE)

Art. 20 Nomina, durata del mandato e costituzione

- ¹ Il Comitato Centrale è composto dal presidente dell'Associazione, dal vicepresidente e da due a sei ulteriori membri.
- ² Il mandato dura quattro anni, con possibilità di rielezione. Il presidente può essere rieletto fino al raggiungimento dei 65 anni; per i rimanenti membri del Comitato la durata massima del mandato è limitata a 12 anni.
- ³ Il Comitato si autocostruisce.

Art. 21 Presidenza e verbale

- ¹ Le riunioni sono presiedute dal presidente e, qualora questi fosse impedito, dal vice presidente. In caso di necessità, è possibile la nomina di un presidente del giorno.
- ² Per ogni riunione del Comitato va redatto un verbale che deve essere firmato dal presidente e dal segretario, il quale non deve necessariamente essere membro del Comitato. Il verbale deve essere recapitato ai membri del Comi-

tato e approvato in occasione della riunione successiva. In caso di urgenza il verbale o singole parti di esso possono essere trasmessi ai membri del Comitato con l'indicazione di un termine di opposizione; se tale termine scade inutilizzato, il verbale o le corrispondenti parti di esso sono da considerarsi approvati.

Art. 22 Compiti e competenze

- ¹ Il Comitato Centrale è l'organo direttivo supremo dell'Associazione. Esso stabilisce la politica gestionale dell'Associazione nel quadro delle linee guida ed è responsabile della supervisione.
- ² Al Comitato spettano segnatamente i seguenti compiti e competenze:
 - a. gestire le attività dell'Associazione, nella misura in cui queste non siano delegate ai sensi dell'articolo 23;
 - b. supervisionare i settori di attività delegati;
 - c. allestire e aggiornare regolarmente la vision e le linee guida dell'Associazione;
 - d. definire la strategia associativa nel quadro della vision e delle linee guida;
 - e. rappresentare l'Associazione nei confronti di terzi (se non compete alla direzione operativa) e disciplinare i diritti di firma;
 - f. istituire, disciplinare e sciogliere le commissioni;
 - g. adottare, modificare e abrogare i regolamenti, soprattutto per i settori di competenza delegati (regolamento organizzativo);
 - h. allestire il rapporto e il conto annuali e il bilancio preventivo;
 - i. preparare e organizzare le assemblee generali e dei delegati;
 - j. approvare la stesura e la modifica degli statuti sezionali;
 - k. ammettere i membri della Sezione Membri Singoli, a condizione che la sezione competente appoggi l'adesione;
 - l. escludere i membri delle sezioni;
 - m. ammettere ed escludere i Membri-Partner;
 - n. deliberare sull'adesione ad altre associazioni e organizzazioni e definire le corrispondenti delegazioni.
- ³ Per ragioni d'ufficio il Comitato Centrale riveste nel contempo anche il ruolo di consiglio di fondazione della Fondazione Polybau e informa l'Assemblea dei delegati sul rapporto annuale della Fondazione.

Art. 23 Delega della direzione operativa e regolamento d'organizzazione

- ¹ Il Comitato Centrale è autorizzato a delegare completamente o parzialmente la direzione operativa a terzi.
- ² Il Comitato Centrale redige un regolamento d'organizzazione che disciplina la direzione operativa, fissa le cariche necessarie e ne regola i compiti e le modalità di rendiconto.

Art. 24 Quorum e deliberazioni

- ¹ Il Comitato può deliberare se è presente la maggioranza dei membri.
- ² Se il quorum non viene raggiunto, occorre convocare una nuova riunione, che sarà autorizzata a deliberare a prescindere dal numero dei presenti.
- ³ In caso di parità di voti, il voto del presidente è decisivo.
- ⁴ Le decisioni tramite circolare sono ammesse se tutti i membri del Comitato sono d'accordo con questa modalità di delibera.

Art. 25 Diritto di firma

- ¹ Il Comitato disciplina i diritti di firma ed procede alle necessarie iscrizioni nel registro di commercio.
- ² I membri del Comitato Centrale e il direttore firmano collettivamente a due.

D. CONFERENZA DEI PRESIDENTI

Art. 26 Composizione, costituzione e convocazione

- ¹ La Conferenza dei presidenti è composta dai presidenti delle sezioni.
- ² Il Comitato Centrale e il direttore dell'Associazione partecipano alle sedute della Conferenza dei presidenti con voto consultivo.
- ³ La seduta è presieduta dal presidente dell'Associazione e, qualora questi fosse impedito, dal vice presidente. In caso di necessità, è possibile la nomina di un presidente del giorno. La Conferenza dei presidenti si autocostituisce.
- ⁴ La Conferenza dei presidenti è convocata dal presidente secondo necessità, tuttavia almeno una volta all'anno.

Art. 27 Compiti e delibere

- ¹ La Conferenza dei presidenti è l'anello di congiunzione tra l'Associazione, le sue sezioni e le altre istituzioni vicine ad essa.
- ² La Conferenza dei presidenti approva gli Accordi aggiuntivi al CCL negoziati annualmente dalla commissione CPN (la delegazione dell'Associazione per la Commissione paritetica nazionale eletta dal Comitato Centrale). I presidenti delle sezioni in cui la maggior parte dei membri non è assoggettata a un CCL o fa riferimento a un altro CCL, non hanno diritto di voto.
- ³ La Conferenza dei presidenti delibera sulle domande di adesione alla Sezione Membri Singoli (o eventualmente alle sezioni parziali indipendenti che la compongono), nei casi in cui tali domande sono appoggiate dal Comitato Centrale ma non dalla sezione competente.
- ⁴ In occasione della conferenza dei presidenti viene presentato e approvato il bilancio preventivo dell'Associazione per l'anno successivo.
- ⁵ Ogni presidente dispone di un voto.

E. COMMISSIONE DELLA GESTIONE

Art. 28 Nomina, durata del mandato e costituzione

- ¹ L'Assemblea dei delegati nomina, per una durata di quattro anni, una Commissione della gestione, che può essere rieledda. La durata complessiva massima del mandato è di 12 anni.
- ² La Commissione della gestione è composta da tre membri ordinari e un membro supplente.
- ³ La Commissione della gestione si autocostruisce.

Art. 29 Compiti

- ¹ La Commissione della gestione verifica l'adempiimento degli obblighi e il raggiungimento degli obiettivi del Comitato Centrale tenendo conto delle direttive, delle linee guida e delle delibere dell'Assemblea dei delegati.
- ² La Commissione della gestione ha diritto di consultare tutti i documenti dell'Associazione.
- ³ La Commissione della gestione presenta all'Assemblea dei delegati il proprio rapporto e all'occorrenza propone le misure necessarie.
- ⁴ L'Assemblea dei delegati emana un regolamento d'organizzazione e definisce i compiti della Commissione della gestione.

F. UFFICIO DI REVISIONE

Art. 30 Nomina e durata del mandato

- ¹ L'Assemblea dei delegati designa, per una durata di un anno, un ufficio di revisione indipendente, che può essere rinominato a piacimento.
- ² L'Assemblea dei delegati può rinunciare alla nomina di un ufficio di revisione se l'Associazione non è soggetta alla revisione ordinaria, se tutti i membri sono d'accordo e se l'Associazione non conta in media più di dieci posti di lavoro a tempo pieno all'anno. La rinuncia vale anche per gli anni successivi. Ogni membro ha tuttavia il diritto di richiedere, al più tardi 10 giorni prima dell'Assemblea dei delegati, una revisione limitata del conto annuale. In questo caso l'Assemblea dei delegati deve designare un ufficio di revisione e può deliberare ai sensi dell'articolo 17 solo se è disponibile il rapporto di revisione.

Art. 31 Compiti

- ¹ L'Ufficio di revisione verifica se il conto annuale dell'Associazione rispetta la legge e i principi generali riconosciuti in materia di revisione dei conti.

- ² L'Ufficio di revisione sottopone il proprio rapporto all'Assemblea dei delegati e formula le relative proposte.
- ³ L'Ufficio di revisione partecipa di regola all'assemblea ordinaria dei delegati.

IV. TRIBUNALE ARBITRALE

Art. 32 Tribunale arbitrale

- ¹ Eventuali controversie giuridiche inerenti a questioni legate all'Associazione che dovessero sorgere tra l'Associazione e i suoi membri, tra singole sezioni e tra le sezioni e i rispettivi membri saranno sottoposte, ad esclusione della giurisdizione ordinaria, al giudizio di un tribunale arbitrale composto da tre arbitri, con sede a Uzwil SG. Rimangono riservati i ricorsi al Tribunale federale.
- ² Ogni parte designa un arbitro; gli arbitri così designati convengono entro 30 giorni la nomina di un arbitro presidente, esterno e indipendente, che deve disporre di formazione giuridica e cui è attribuito, in caso di parità di voti, il voto preferenziale. L'eventuale termine di impugnazione è ossequiato se una parte rende noto all'altra il proprio arbitro designato entro i termini prestabiliti, indicando le proprie richieste di causa. Successivamente, l'altra parte designerà il proprio arbitro entro ulteriori 30 giorni. Per il resto, valgono le disposizioni sull'arbitrato del Codice di procedura civile svizzero.

IT

V. FINANZE

Art. 33 Responsabilità per gli impegni associativi

I membri non sono responsabili degli impegni assunti dall'Associazione.

Art. 34 Entrate

- ¹ L'Associazione si finanzia in primo luogo con le quote associative ordinarie dei membri.
- ² L'Assemblea dei delegati disciplina in un regolamento i dettagli per il calcolo e la riscossione delle quote associative.
- ³ L'Assemblea dei delegati può deliberare contributi straordinarie per l'esercizio e il mantenimento di particolari istituzioni e per il finanziamento di compiti speciali.

VI. DISPOSIZIONI FINALI

Art. 35 Notificazioni

- ¹ L'organo di pubblicazione ufficiale è il Foglio ufficiale svizzero di commercio.
- ² Le comunicazioni ai membri dell'Associazione avvengono tramite lettera, fax o mail e/o mediante pubblicazione in un organo specializzato.

Art. 36 Cambiamento degli statuti

- ¹ Per modificare lo statuto è richiesta una maggioranza di $\frac{2}{3}$ dei voti espressi.

Art. 37 Scioglimento dell'Associazione

- ¹ La decisione di sciogliere l'Associazione di richiede il voto di maggioranza dei $\frac{3}{4}$ di tutti i voti dei delegati.
- ² Salvo nomina di uno specifico liquidatore, la liquidazione viene effettuata dal Comitato Centrale in carica.
- ³ Nei limiti del possibile, il ricavo della liquidazione deve essere trasferito a un'istituzione che persegue scopi identici o simili a quelli dell'Associazione. A tale scopo, il ricavo della liquidazione viene trasferito fiduciariamente per un periodo di tre anni al direttivo dell'Unione svizzera delle arti e mestieri (usam). Se frattempo durante tale periodo non viene costituita una nuova associazione con lo stesso scopo, il ricavo della liquidazione deve essere distribuito ai membri attivi iscritti al momento dello scioglimento dell'Associazione (secondo il calcolo del numero di membri delle relative sezioni).

Art. 38 Disposizioni complementari / norme interpretative

- ¹ Per quanto non esplicitamente regolamentato dalle presenti disposizioni si applicano a titolo suppletorio le norme del Codice delle obbligazioni svizzero riguardanti la società cooperativa.
- ² In caso di divergenze interpretative fa stato la versione tedesca degli statuti e della legge.

Art. 39 Entrata in vigore / disposizioni transitorie

- ¹ Il presente statuto entra in vigore dopo la sua approvazione in occasione dell'assemblea dei delegati del 24 giugno 2011.
- ² Il presente statuto sostituisce quello del 1° dicembre 2000 / 27 novembre 2009.
- ³ Gli attuali membri singoli costituiscono la nuova Sezione Membri Singoli.

